

Pl. 282

Diez, Donnerstag, den 9. Dezember 1920

26. Jahrgang

Eine Milliarde für die kleinen Rentner.

Berlin, 9. Dez.

Im Unteranschuß für Sozialpolitik wurde von der Regierung der Vorschlag unterbreitet, dadurch, daß jeder Arbeiter und Angestellter für den Tag 10 Pf. mehr zahle um der Arbeitgeber den gleichen Betrag einzuliefern, dem Reichsarbeitsministerium Kiel zum Schutz der kleinen Rentner zur Verfügung zu stellen. Von diesem Aufkommen, das auf etwa 1 Milliarde geschätzt wird, sollen 80 v. H. den Ländern überwiesen werden, während die überschüssenden 20 v. H. auf diejenigen Länder verteilt werden, die eine besonders starke Anzahl kleiner Rentner besitzen. Die Länder überweisen die Gelder den Gemeinden, die ihrerseits 20 v. H. zuzuschießen, da sie in der Armenpflege erheblich entlastet werden und da eingreifen sollen, wo die Not am größten ist, insbesondere auch durch Unterstützung der von den Invaliden selbst geschaffenen Arbeits-Einrichtungen, wie es gerade aus den Kreisen der Invaliden gewünscht wird. Zur Unterstützung der kleinen Hospitalrentner soll das Reich etwa 50 Millionen Mark zuzuschießen. Von den Parteien äußerten sich zunächst für ihre Partei zustimmend. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Sozialisten und der Demokraten, während sich die Mehrheitssozialisten die Entschließung vorbehalten. Die Unabhängigen erklärten, daß das Reich die Gesamtsachen aufhängen müßte, obgleich der Vertreter des Reichs in dem Reichstag erklärte, daß dies unmöglich sei. Es wurde beschlossen, daß die Fraktionen bis Donnerstagabend zu der Frage Stellung nehmen sollten, so daß Freitag vormittag die Entschließung im Unteranschuß fassen kann. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die Diskussion zu Beginn des kommenden Jahres einsetzen kann.

Die Strafverschärfung gegen Schleichhandel
und Wucher.

Berlin, 9. Dez.

Der Rechtsausschuß des Reichstags befaßigte sich mit dem Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel usw. und den dazu gestellten Anträgen. Paragraph 1 wurde in der Fassung angenommen: „Wer sich des Schleichhandels, einer vorläufigen Preistreibeerei oder einer vorläufigen verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Haftstrafe von einem Jahre bis zu 15 Jahren und mit Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark bestraft; das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.“ Ein Antrag Walschein (Dem.) Mehrzuwendungen von rationellen Lebensmitteln an Gasthausgästen nicht so schwer den Gastwirten anzurechnen, wurde abgelehnt. Nach längerer Aussprache wurde der Paragraph 2 in folgender Fassung angenommen: „Als besonders schwerer Fall ist insbesondere anzusehen, wenn der Täter aus Habgucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; wenn der Täter durch Preistreiben aus Habgucht die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet und wenn es der Täter unternimmt, Vieh, Lebensmittel, Arzneimittel oder Drogenmittel ins Ausland zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt.“ Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Preussische Landesversammlung.

Eibung vom 7. Dez.

Die Landesversammlung erledigte den Domänen-
etat und überwies den Gesuchentwurf betr. d. Selbst-
vertheilung der Domänen an den Hauptausschuß. Der
Etat der Ansiedlungskommissionen lag an mehreren
Hörsnern Gelegenheit, einzuwenden für eine Vertikung der
privaten Rechte des deutschen Ansehers durch die polnische
Regierung einzutreten. — Donnerstag Fortsetzung der Ca-
sation.

Im Hauptausschuß erklärte der Finanzminister, daß die Regierung nach den beschriebenen Bestimmungen der Verfassung über die Finanzverbarung keine Verteilung der wichtigsten Staatseinnahmen vorzunehmen könne, ehe nicht die Deckungsfrage in ihrer Gesamtheit gelöst sei. Er ersuchte daher vor allem die Grundbesitzer vorzulegen zu beraten; dann werde sich über den Anteil der Gemeinden an den Staatseinnahmen eher Bestimmung treffen lassen. Diese Auffassung wurde aber in dem Ausschusse lebhaft bekämpft.

Statistische Angaben.

Die Regierungsbildung in Sachien.

Wie die Freiheit aus Dresden meldet wurde das Abkommen zwischen den beiden sozialistischen Parteien über die Reglerungsbildung abgeschlossen. Danach werden die Unabhängigen das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium besetzen.

Wolnicher Ueberfall auf deutsche Bergarbeiter.

Ueber einen Überfall auf die Mitglieder des Bochumer deutschen Bergarbeiterverbandes, der in Bielefeld im letzten Jahre eine Tagung abhielt, ist zu berichten, daß nach Beendigung der Versammlung ein jugoslawischer Mann starke bewaffnete polnische Bande in den Saal führten, um auf die Versammelten zu schießen. Die Überfallenen suchten sich in aller Eile zu retten. Der Saal ging in eckel Feuer, doch konnte ein Brandkatastrophen verhindert werden. Eine Anzahl Personen ist, wie bisher festgestellt werden konnte, schwer verwundet worden. Der Überfall ist eine Folge der Agitation des verhassten Hagers Marxigens.

Die Beamten.

Gegenüber der in den letzten Tagen aufgetretenen passiven Resistenz einiger Beamten nimmt die Reichsregierung Anlaß zu betonen, daß ein Beamter, der Streik, seinen Eid bricht und die Pflichten verlegt, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als ein unentzehlbares Fernbleiben vom Amt heraus und hat zur Folge, daß der Beamte für die Dauer des Streikes seines Dienstverhältnisses verlustig geht. Auch hat er die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Da über die Verhältnisse des Staates die Volksvertreter und über die Gemeindeverbände deren Vertretungen ein durchgreifendes Kontrollrecht ausüben, so hat der Beamte ein wirksames Mittel, um mit Hilfe dieser Vertretungen seine Klagen abstellen zu machen. Die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen Streik und passiver Resistenz. In allen diesen Fällen hat der Beamte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen.

Hierzu wird der Eobl. Btg. geschrieben:

Unsere Beamten stehen im Schnittpunkt der unab-
sättlich steigenden Teuerung und der wachsenden Finanznot
des Reiches, der Einzelbünde und der Kommunen. In
dieser Lage winkt ihnen der Abbau der Preise wie eine fatale
Marqama, die mit leeren Hoffnungen täuscht, während das
staatliche Finanzelend ihnen wie eine dunkle Nacht den
Horizont des Lebens verhängt. Man kann verstehen, daß
Manchen unter ihnen die Verzweiflung packt. Namentlich
im Westen mit seiner würgenden Teuerung und Lebens-
mittelmangel geht es den Beamten schlimm. Man weiß
von beamteten Familienvätern, die zwei Tage einer jed-
weden Woche als Kohlenarbeiter in die Grube fahren, um das
tägliche Brot für die Familie zu beschaffen, das sonst nicht
zu beschaffen wäre. Man weiß von anderen Fällen, in
denen die taufendfach steigende Besteuerung bisher pflich-
tstreuen gebildeten Beamten zu Handlangerdiensten veranlaßt,
die in der Strafrechtspflege und in der Verwahrung der
Korruption Tür und Thor öffnet und dem Schleber und
Verbrecher das Spiel leicht macht. Die drückende Sorge
um das tägliche Brot erstickt die Stimme des Gewissens.
Diese Zustände liegen namentlich im Westen offen vor allen
Augen.

Zu ihrer Abhilfe muß etwas geschehen. Aber was und wie? Daß Regierung und Reichstag bereit sind, die Not zu lindern, unterliegt keinem Zweifel. Aber die Hände, mit denen sie gern und reichlich geben möchten, sind ihnen gebunden. Was hätte der Beamte dabon, wenn Reich und Staat es ihn befehlen, sich finanziell zugrunde richten? Jedoch es muß innerhalb der Grenzen geholfen werden, die durch unsere staatlichen Finanzverhältnisse gezogen sind. Daß es sich dabei um enge Grenzen handelt, ist leider klar. Die parlamentarischen Verhandlungen, die am Samstag in Berlin geführt worden sind, mußten sich diesen Gesichtspunkten anpassen. Daß zur Abhilfe der Not etwas geschehen mußte, war nicht zu bestreiten. Die Frage: gang um was Wie und Wieviel. Die Beamten wünschten eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulage auf die Kinderbeihilfe. Die Erfüllung dieses beiderseitigen Wunsches hat 15 Milliarden Mark gekostet. In den oben erwähnten Verhandlungen hat man eine Einigung auf folgender Grundlage gefunden. Man hat beschossen, die Teuerungszulage, die auf die Kinderbeihilfe bezahlt wird, zu erhöhen, nicht zwar von 50 auf 150, 125, 100 und 75 Prozent. Diese Erhöhung soll rückwirkend vom 1. Oktober dieses Jahres ab bezahlt werden.

Die Erregung in der Mitte der Beamten ist außerordentlich groß, und die Streikkontrolle liegt in der Luft. Die Befehlsvorlage ist im Ausschuss so weit gefördert, daß sie in der nächsten Woche im Plenum verabschiedet werden kann. Auch sie bringt den Beamten gewisse Zugeständnisse. Es ist deshalb die Hoffnung auszudrücken, daß unser ohnehin schwer erschüttertes wirtschaftliches Leben von einem Beamtenstreik verschont bleibt.

Vermischte Nachrichten.

Eine Frau als Unterrichtsminister. Das Blatt Evening World berichtet, daß Amerikas neugewählter Präsident Harding, um den amerikanischen Frauen, ein Zeichen seiner Dankbarkeit für ihre vge. Betheiligung an seiner Wahl zu geben, vom Kongreß die Schaffung eines neuen Ministeriums, und zwar eines Ministeriums für Unterricht fordern werde. Dieser neue Posten des Unterrichtsministers soll von Harding der Frau Carrie Tappan aus Ohio angeboten werden.

Die Einfuhr von Kaffee. Wie in R. G. B. aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erhellt, ist der Kaffee-Einfuhrzoll in Hamburg im Einkordnungs mit dem Reichsfinanzminister am 1. Juni 1911 angeschlossen worden. Anträge auf Einfuhr von Kaffee ohne Bindung an bestimmtes Kontingent zu bewilligen. Zur Einfuhr soll jedoch nur ordnungsgemäße Konsumware zugelassen werden. Es wird damit eine wesentliche Besserung der Kaffeeversorgung und eine Senkung der Kaffeepreise erreicht werden.

Was die Streiks kosten. Wie der Berliner Volksanzeiger berichtet, gingen nach einer Streikstatistik im Jahre 1917 in Deutschland rund 900 000 Arbeitstage durch Streik verloren, im Jahre 1918 waren es bereits 4,9 Millionen Tage und im Jahre 1919 ergab sich die ungeheure Zahl von 13,6 Millionen Arbeitstagen, die durch den Streik verloren gingen.

Preis
 Rowallch
 Bote 3,50 M.
 je Bote 3,70 M.
 mit täglich mit An-
 der Sonn- und
 Feiertage.
 und Verlag
 G. G. Sommer,
 und die.

stein
1. schmei
2. empfin
argmaul
pekt gar
ers & C
Köln,
ring 16.
nassen
e und 11
rechtangl
mposit
ernma
998.
ie 3400
Küchensch
Büchsen
Bauilhan
sz, Burg
en G. 1
avler
immen
apparier
ntausch
ermietet
ransport
rgt zuver
Mann
Coblenz
lofistr. 10
Tel. 5
Treffpunkt
M. 11
nichtet ver
soligen
h Markt, er
eten und Z
ner
76.
waren
ität unter
e.
kartikel
ber Art
✕
angier-
t- und
bestecke
bestecke

ansehen.

Aug. Schauß, Kettenbach,
(am Bahnhof.)

Altstadtstraße.